Heute „Welt-Spiegel“ — Morgen-Ausgabe — Einzelnummer 1 M.

Erscheint wöchentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Volksspiegel“, Dienstags „Modenspiegel“, Mittwochs „Technische Rundschau“, Donnerstags „Sportspiegel“, Freitags Illustr. „LLK“, Sonnabends „Haus und Garten“. Man abonniert b. allen Postanstalt. des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslowak. Staates, Ungarns, d. Schweiz, Luxemburgs, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Lettlands, Estlands; f. alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzbd. durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. 2.— M. Einzelverk. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatl. 2.— M. bei täglich 1maligem Zustellung ins Haus. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieh. kein. Anspr. auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechend. Entgelds. In Groß-Berlin abonniert man bei der Zeitungsexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den Filialen. (Fernspr.: Zentrum 10181—10144, f. d. Fernnetz, 14207—14209.) Tel.-Adr.: „Berlistia“, Berlin. Insertionspreis: Die 1spalt. Zeile 30.— M., Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen 16.— M., Nachweise nach übl. Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmten Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Moritzplatz; Kottbuser Straße 43; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz, Kopenicker Straße 67/68; Rathenower Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochstraße 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 846; Blücherstraße 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 19; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 54; Charlottenstr. 39; Nürnbg. Str. 25/26; Wilmersdorf: Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Joachimsthalerstr. 17; Wilmersdorf: Uhlandstr. 53; Kaiserpl. 13. Zu der Provinz: Lichterfelde-West: Cadettenstr. 1/3; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Bankkonten: Bankhaus Gebr. Arnhold, Prinz-Louis-Ferdinandstr. 2; Bankhaus Delbrück, Schickler & Co., Behrenstr. 32; Bankhaus Mendelssohn & Co., Jägerstr. 51; Bankhaus Martin Luther, Berlin W. 56, Behrenstr. 19/20; Bankhaus Nathan Bauer, Berlin NW. 7, Unter den Linden 3; Bankhaus Schlesinger-Trier & Co., Berlin W. 9, Linkstr. 36; Bankhaus Wechselstube für Russland, Berlin W. 8, Behrenstr. 54/55; Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin W. 8, Französische Str. 33; Commerz- und Privat-Bank A.-G., Berlin W. 8, Behrenstr. 32; Deutsche Bank, Berlin W. 8, Mauerstr. 29/30; Direktion der Disconto-Gesellschaft, Berlin W. 8, Behrenstr. 32; Dresdner Bank, Berlin W. 8, Behrenstr. 38/41; Mendelssohn & Co., Berlin W. 8, Jägerstr. 51; Nationalbank für Deutschland, Berlin W. 8, Behrenstr. 22; Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G., Berlin W. 8, Behrenstr. 54/55; Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G., Berlin W. 8, Behrenstr. 32; Schlesischer Bankverein, Berlin W. 8, Behrenstr. 32; Warburg & Co., Berlin W. 8, Behrenstr. 32; Wechselstube für Russland, Berlin W. 8, Behrenstr. 54/55; Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin W. 8, Französische Str. 33; Commerz- und Privat-Bank A.-G., Berlin W. 8, Behrenstr. 32; Deutsche Bank, Berlin W. 8, Mauerstr. 29/30; Direktion der Disconto-Gesellschaft, Berlin W. 8, Behrenstr. 32; Dresdner Bank, Berlin W. 8, Behrenstr. 38/41; Mendelssohn & Co., Berlin W. 8, Jägerstr. 51; Nationalbank für Deutschland, Berlin W. 8, Behrenstr. 22; Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G., Berlin W. 8, Behrenstr. 54/55; Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G., Berlin W. 8, Behrenstr. 32; Schlesischer Bankverein, Berlin W. 8, Behrenstr. 32; Warburg & Co., Berlin W. 8, Behrenstr. 32; Wechselstube für Russland, Berlin W. 8, Behrenstr. 54/55.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 85 (Ausgabe für Berlin) — Sonntag, 19. Februar 1922 — 51. Jahrgang

## In Sowjetrußland.

**Aus Gesprächen mit Trotzki. — Das Außenhandelskommissariat. Die Aufgaben des deutschen Handels.**

Von unserem nach Sowjetrußland entsandten Sonderberichterstatter

**Paul Scheffer.**

**Moskau**, im Februar.

Herr Trotzki hat mir vor einiger Zeit, als die deutsch-russischen Beziehungen in einem weniger komplizierten Stadium waren, als sie es jetzt sind, einige herzhafte Worte über die Reserve gesagt, welche die europäischen Kapitalisten gegenüber Rußland zeigten. Ich zitiere das Folgende aus dem Gedächtnis. Herr Trotzki meinte, man sei im Westen sehr wenig mutig und befürchte oder erwarte in Sowjetrußland allerlei Schwierigkeiten, die sich aus den proletarisch-kommunistischen Grundanschauungen dieses Staates ergäben. Herr Trotzki verbürgte sich dafür, daß Eigentum, Gewinn und persönliche Sicherheit des Ausländers unangetastet bleiben würden. Ein Fall existiere allerdings, in dem die Kommunisierung eintreten würde — wenn nämlich auch außerhalb Rußlands die kommunistische Revolution siege und das Proletariat im übrigen Europa die kapitalistische Erbschaft antrete. Dieser Fall sei also vorbehalten — aber ebensowenig wie sich irgend jemand in Europa durch die Aussicht, daß er einmal sterben müsse, von Geschäften abhalten lasse, ebensowenig brauche der europäische Kapitalist zu zaudern, in Rußland tätig zu sein, weil einmal der wirtschaftliche Tod des Kapitalismus in der angegebenen Weise eintreten könne. Bis dahin gebe die Sowjetregierung die Garantie voller Sicherheit für alle legalen Geschäfte. Es ist gewiß interessant, daß diese Erklärung gerade von Herrn Trotzki kommt. Denn Herr Trotzki gilt vielfach noch als Gegner des neuen Kurses, und in sehr vielen Fragen der neuen Zeit glauben manche, ihn und seine Gruppe im Gegensatz zu Lenin und seiner Gefolgschaft stehen zu sehen. Nun hat gerade Herr Trotzki Wert darauf gelegt, diese Erklärung abzugeben. In diesem Punkt herrscht also anscheinend Einigkeit.

Sie ist nicht sentimental. Es ist reine Meinungssache, wann durch die Weltrevolution die Verbreiterung und die Verstärkung der kommunistischen Front kommt, die den wirtschaftlichen Vormarsch wieder erlauben würde. In Europa unterhält man sich vorläufig eher noch darüber, ob überhaupt derartige Umwälzungen nach dem russischen Experiment zu erwarten sind, als wann. Unter diesen Umständen sind die konkreten Verhältnisse, in denen Handel in Rußland überhaupt getrieben werden könnte, das Ausschlaggebende, nachdem der gute Wille der Regierung, ihn zu fördern, grundsätzlich feststeht. Dieser gute Wille spricht aus den Worten Trotzkis. Er besteht überhaupt in allen Teilen der Regierung.

Die „konkreten Verhältnisse“ umfassen eine große, von Europa erschreckend weit abgeglittene Welt, voller wirtschaftlicher Wunder und Merkwürdigkeiten, die meistens ein negatives Vorzeichen haben und sich aus Mangel, Not und Zerstörung seit 1914 herschreiben. Ein Land, in dem man ebenso oft mit Waren wie mit Geld tauscht, weil das Geld seine Verwendbarkeit immer mehr verliert! Ein Land, wo aus diesem Grund für ein Darlehen zwei Prozent Zinsen täglich gezahlt werden und sehr oft der Beleiher von Wertobjekten nicht gewiß sein kann, ob das Objekt dem Entleiher wirklich gehört! Ein Land, wo die Bodenproduktion wie die Industrieproduktion auf einen unglaublichen Mindeststand geraten ist, und wo die Verbindung mit dem Ausland nur ganz gering ist! Ein Land ohne Pendant zu den Figuren und Formen des wirtschaftlichen Lebens in Europa, also ohne große Kapitalisten, Kaufleute, Unternehmer. Ein Land aber, das reich, sehr reich sein könnte, sein müßte. Welchen Zugang, welchen Raum findet der unternehmungsbereite Ausländer unter diesen Umständen in diesem Augenblick?

Es existiert vor allem das Außenhandelskommissariat (A. H. C.). Von ihm, als dem Symbol der Außenhandelspolitik der Sowjetregierung, soll hier hauptsächlich die Rede sein. Es bildet die einzige Pforte für die Güter, die Rußland verlassen, und die einzige für die, die Rußland suchen. Deutschland hat auch einen Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr. Aber der große Unterschied zu der russischen Organisation liegt in der Beschränkung auf reine Kontrollführung im Falle der deutschen Einrichtung. Eine Kontrollbehörde mit schärfsten Befugnissen ist auch für Rußland, für das der Ausverkauf noch sehr viel gefährlicher wäre als für Deutschland, unbedingt notwendig. Aber das Außenhandelskommissariat ist in Sowjetrußland selbst Besitzer, Unternehmer, Händler. Es kann zwar auch gestatten, daß Herr X. mit eigenem Geld (das in solchen Fällen meist im Auslande ist) Waren für Rußland kauft, aber seine Haupttätigkeit, sein Hauptehrgeiz wird in der eigenen Verrechnung der Warenvorräte liegen, die aus der Zeit des reinen Kommunismus im Besitz der Regierung sind, oder in der eigenen Verwertung neu zufließender Güter. Den Gold- und Geldvorrat des A. H. C. muß man sehr gering veranschlagen, und notgedrungen nimmt er weiter ab. Das Betriebskapital ist also über die Maßen gering. Es ist aber immerhin das größte, das in Rußland für den Außenhandel zur Verfügung steht. Zugegeben, daß das auf Selbstbewirtschaftung des Außenhandels durch den Staat hindrängt. Sowohl die Organisation in Moskau wie die entsprechenden Verkaufs- und Einkaufsorganisationen im Ausland sind durchaus bureaukratisch. Daraus folgt der enorme Zeitverlust bei allen Geschäften, das Vermittlertum, das sich an diese Behörden hängt und sehr zum eigenen Nutzen die kaufmännischen Mängel der Bureauwirtschaft ersetzt, und die allgemeine Schwerfälligkeit des Betriebes. Solche Dinge werden niemanden in Deutschland überraschen, der Kriegswirtschaft und Nachkriegswirtschaft gerade auf diesem Gebiete bei uns beobachtet hat. Das russische Außenhandelskommissariat befindet sich aber in einer viel ungünstigeren Lage als jemals das deutsche. Es leidet aufs empfindlichste an dem beinahe hoffnungslosen Produktions- und Kapitalmangel Rußlands. Es tritt also, notgedrungen auch dies, mit schroffem Egoismus gegen seine inländischen Abnehmer auf. Da es ein Monopol hat, so macht die Zahlungswilligkeit der äußerst bedürftigen Abnehmer nur an ihrer völligen Zahlungsunfähigkeit Halt. Es kann also die Preisschraube nach Kräften andrehen, und muß es tun, um das Mindestmaß von Käufen, das ihm überhaupt möglich ist, nicht ganz auf Null sinken zu lassen. Es ist also dauernd gezwungen, den Käufer zu schwächen, der doch sein Kunde ist. Ueber die Unzufriedenheit der deutschen Geschäftswelt mit den bureaukratischen Umständlichkeiten der russischen Organisation braucht man nur zu sagen, daß sie so ziemlich auf der ganzen Linie existiert. Aber auch in Rußland selbst hat dies von allen Seiten angeregte Institut unter den Interessenten fast nur Gegner. Hauptabnehmer und Hauptlieferanten sind die privatwirtschaftlich organisierten Industriekonzerne des Staates („Trusts“). In ihren Leitungen entwickelt sich rapid Unternehmer- und Besitzerpsychologie. Drang nach Freiheit und Initiative in jeder Richtung. Hier zeigt sich die ganze Paradoxie einer staatskapitalistischen Wirtschaftspolitik. Die Trusts wünschen, selbst Außenhandel zu treiben, und trauen es sich zu, das ebenso gut zu machen wie ein „wirkliches“ Privatunternehmen.

Neben den Trusts und mit ihnen im Bunde stehen die zwei großen Konsumgenossenschaften, die Zentrosojus und Selskosojus, die ebenfalls aus ihrer Unzufriedenheit kein Hehl machen und sowohl die leitenden Gesichtspunkte wie die tägliche Praxis der Außenhandelsstelle scharf angreifen. Die Selskosojus sind jedenfalls stärker betroffen als die meisten anderen Konzerne oder Konsumgenossenschaften, denn in ihrer Hand befindet sich noch ein großer Teil der verfügbaren landwirtschaftlichen Produktion: Leinen, Schweinsborsten, Hanf usw. Es besteht nun zwar für alle diese mehr oder weniger selbst produzierenden, sämtlich aber nach Auslandsware geradezu lechzenden Wirtschaftseinheiten die Möglichkeit, mit Erlaubnis des Außenhandelskommissariats Geschäfte im Auslande zu machen und selbst zu importieren, aber diese Erlaubnis wird sehr oft verweigert. Mit der Anmeldung eines Geschäftes ist immer das Risiko verbunden, daß die Monopolstelle erklärt, es selbst machen zu wollen, und diese Erklärung kann Zwangscharakter bekommen. Mit seinen Mietkasernen voller Bureaus hier und draußen ist das Außenhandelskommissariat bereits eine Riesenbehörde, die immerfort die Uebersicht über sich selbst zu verlieren in Gefahr ist. Eine Zweigwirtschaft macht schon eine Riesenbehörde notwendig! Wie muß diese Behörde aussehen, wenn die Lage sich bessert? Diese ökonomischere Richtung geht aber noch nicht so weit, die Konkurrenz freizugeben. Vielmehr zeigt sich eine Tendenz, das Prinzip des Monopols sich durch Schaffung von privaten Handelsmonopolen mit dem Ausland zu erhalten. Nur eine Firma darf also eine bestimmte Warengattung, die sie meist nur vom Staat beziehen kann, exportieren. Es ist schwer festzustellen, wie weit diese Methode angewandt oder ausgebreitet wird, aber es zeigt sich in ihr der Ultrakapitalismus, in den die kommunistische Wirtschaftsform in so vielen Fällen umzuschlagen neigt. Im ganzen sucht der ja nicht umfangreiche Handel sich mit dem A. H. C. abzufinden, so gutes geht, zwischen ihn und die (staatlichen) Trusts sich einzuschieben und Kommissionär und Vorposten ausländischer Firmen zu werden. Bis auf einige schwer ergründbare

## Das Vertrauensvotum für Poincaré.

### Drohungen der Pariser Chauvinistenpresse.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**L Paris**, 18. Februar.

Ueber das Vertrauensvotum, das die Kammer gestern dem Ministerpräsidenten Poincaré erteilt hat, schreibt der „Intransigeant“: „Dieses Vertrauensvotum ist mehr als eine einfache politische Kundgebung. Wenn Deutschland diese Abstimmung nicht verstände, dann müßten seine Ohren mit Watte verstopft sein. Wir haben seit dem Waffenstillstand dem Deutschen Reiche nur Nachsicht gezeigt.“ Diese Behauptung, die in Deutschland Verwunderung erregen dürfte — giftigere Worte sollen vermieden werden, um die Stimmung nicht zu verschärfen — wird in folgender Weise begründet: Man werde aus der Geschichte erfahren, wie gegen die Ansicht Poincarés auf Veranlassung Clemenceaus der Marschall Foch im Jahre 1918 gefragt worden sei, ob der Zweck des Feldzuges erreicht sei, und daß er diese Frage mit Ja beantwortet und demgemäß erklärt habe, er wolle nicht einen Tropfen Blut mehr vergießen lassen. Damals sei die Offensive gegen Lothringen vorbereitet gewesen. Die französischen und amerikanischen Truppen hätten vor Lust gebrannt, loszuschlagen. Der Angriff hätte eine Armee in voller Auflösung getroffen und eine Niederlage Deutschlands zur Folge gehabt, die zehnmal schwerer gewesen wäre als später. Frankreich habe aus Menschlichkeit auf diese Vernichtung verzichtet. Im gleichen Geist habe Clemenceau, als Wilson vorgeschlagen hätte, die zerstörten französischen Kunstwerke aus deutschen Museen zu ersetzen, die Antwort gegeben: „Ich führe keinen Krieg nach der Art Napoleons.“ Später habe Millerand, als er Ministerpräsident gewesen sei, auf der Kammertribüne gesagt, er wünsche eine loyale wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland. Die Verständigungspolitik seines Nachfolgers Leygues sei bekannt. Endlich habe Briand sich wiederholt bemüht, der Regierung Wirth sein Vertrauen zu beweisen. Die Zugeständnisse, die Frankreich in Paris und London gemacht habe, sollten Deutschland und die ganze Welt von der Loyalität und Gerechtigkeit der französischen Ansprüche überzeugen. Diese Politik habe die Opfer nicht gelohnt, die Frankreich gebracht habe. Deshalb sei es im Recht, wenn es etwas kräftigere Methoden anwenden wolle. Dies bedeute das Votum der Kammer. Das Votum solle sagen, daß Frankreich von Poincaré erwarte, er solle in den Grenzen des Rechts und im Einverständnis mit den Verbündeten Deutschland beweisen, daß Frankreichs Geduld zu Ende sei, und daß es sich nicht länger ungestraft verhöhnen lasse. So lautet die Meinung der nationalistischen Presse, die, ohne sich zu fragen, gegen ganz Deutschland wütet, wenn eine Schar unbesonnener Menschen, auf die die deutsche Verwaltung gar keinen Einfluß hat, sich zu einer traurigen und nutzlosen Uebereilung hinreißen läßt. Der „Temps“ urteilt kürzer und diplomatischer: „Die deutsche Regierung hat bereits versichert, daß die Angreifer von Petersdorf keine Mitschuldigen im Reiche gehabt hätten und daß somit Deutschland seine Verantwortung für den Vorfall zu treffen brauche. Wir glauben, daß die deutsche Regierung unrecht hat, wenn sie die preußische Verwaltung auf diese Weise zu decken versucht, und daß sie bald Gelegenheit haben wird, sich davon zu überzeugen. Die Regierung Wirth sollte einsehen, daß die organisierten Angriffe gegen die verbündeten Truppen das Werk derselben Leute sind, die die deutsche Republik stürzen wollen.“

Aus der Rede Poincarés in der Kammer sei noch eine Stelle nach amtlichen Berichten hervorgehoben: „Nachdem der Präsident gesagt hat, daß die interalliierte Kommission in Oberschlesien allein das Recht hat, in dem ihr unterstellten Gebiet Verfügungen zu treffen, fährt er fort: „Wenn es durch die Untersuchung erwiesen werden sollte, daß die Schuldigen Helfer in Deutschland haben dann werden wir vom Deutschen Reich Rechenschaft verlangen müssen. Es scheint, daß der Angriff von Petersdorf durch Mitglieder einer mächtigen Organisation unternommen wurde, deren Ausrüstung, Bewaffnung und Kleidung aus Deutschland stammen. (?) Das ist natürlich nur möglich, wenn deutsche Beamte und Industrielle mit im Bunde sind. Unabhängig von den Entschädigungen, die wir zu verlangen das Recht haben und auf die wir nicht verzichten werden, fordern die Ereignisse von Petersdorf noch andere Maßnahmen. Das Kommando in Oberschlesien hat General Le Rond; General Nollet ist Leiter der Ueberwachungskommission. Beiden steht es frei, alle Maßnahmen anzuordnen, die sie für nötig halten.“ Diese Erklärungen klingen scharf, aber die französischen Zeitungen oder wenigstens einige von ihnen machen doch darauf aufmerksam, daß sie eigentlich nur Worte enthalten. In der „Lanterne“ wird gesagt: „Die Gelegenheit war gegeben, um dem Ministerpräsidenten die Möglichkeit zu geben, seine energische Methode zu zeigen. Der Ministerpräsident aber erklärte der rachgierigen Kammer, daß er nicht tun könne, was die interalliierte Kommission in Oppeln befehle. Er ließ sogar durchblicken, daß er die Ueberwachungskommission umsonst bemüht habe, und daß der Vertreter Frankreichs in Berlin auch nicht mehr ausrichten konnte. Uns sind die Hände durch die Verhältnisse gebunden. Herr Poincaré kann also nichts ändern und vermag nicht mehr zu tun als Briand. Die Zeiten, die wir erleben, sind stärker als die Menschen. Die Nationalisten, die den Messias ihrer Wünsche erwarten, machen sich Illusionen. Jeder Tag, der vergeht, trägt einen Teil ihrer Erwartungen davon.“ Diese Sätze geben genau den Eindruck wieder, den die gestrige Sitzung gemacht hat. Ein radikaler Deputierter sagte: „Die Interpellation war ein Schlag ins Wasser. Poincaré konnte nichts anderes sagen, als was Briand bei der gleichen Veranlassung schon gesagt hatte, aber Briand hatte zwei Stunden gesprochen, während Poincaré in zwanzig Minuten fertig war. Das ist der einzige Unterschied.“ Es muß hinzugefügt werden, daß die Sozialisten an der gestrigen Abstimmung nicht teilgenommen haben. Das Vertrauensvotum ist also ohne ihre Mitwirkung zustande gekommen.